

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Rechtsanzeiger: Tageblatt Riesa.
Vermerk Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststedtkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

N 140.

Sonnabend, 19. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzweigungen, Erhöhung der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Mellamegalle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Feste Tarife. Sonderliche Rabatte erütteln, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uebertragige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Sitzungen des Betriebes der Druckerei, der Dienststellen der Redaktion, der Verlegerin, der Belegschaft und der Belegschaftseinrichtungen — hat der Beleger keinen Anspruch auf Beisetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Es geht um Hindenburg.

Der Deutsche, der am 20. Juni zur Wahlurne schreitet, soll sich nicht täuschen. Es gibt keine Stimme nicht für die Enteignung der Fürstenhäuser hier, sondern gegen den Reichspräsidenten, gegen Hindenburg. Das muss jeder wissen, der sich am Tage des Volksentscheids darüber schäfftigen wird, wie er sich zu verhalten hat. Durch die mächtige Propaganda der Parteien, die sich für den Fürstenraub einsetzen, ist der Reichspräsident von Hindenburg an Helden von Doberl geworden, nachgerade zur Kenntnis aller Deutschen gelangt. Jeder, der sich auch nur ein wenig um die Politik kümmert, Interesse für das hat, weiß sich in seinem Vaterlande abstimmen, dürfte gesehen haben, welche Kennzeichnung Hindenburg den Beziehungen gibt, die am 20. Juni ihre Krönung finden sollen. Hindenburg sagt, dass Enteignungsbefehl widerspricht dem Begriff der Rechtsordnung, es ist bat jeden Anstand und der Moral. Gänztwirlich irgendein Deutscher, das der Reichspräsident, der so die Enteignungsbewegung beurteilt, sich, wenn der Volksentscheid ein positives Ergebnis zeitigen würde, bestreit, durch seine Unterschrift dem unmoralischen Entwurf Gesetzeskraft zu geben? Wer die persönliche Sauberkeit und den starken Charakter Hindenburgs kennt, der weiß, dass der Reichspräsident eine solche Handlung nie vollziehen wird. Was wäre die Rolle der Verweigerung der Unterschrift Hindenburgs? Sein Rücktritt. Das, was wir hier sagen, ist keine Wahnmacht. Jeder, der nur einigermaßen logisch denken kann, wird selbst feststellen können, dass die Dinge, wenn der Volksentscheid ein positives Ergebnis zeigen sollte, zwangsläufig so laufen müssen, wie wir es geahndert haben. Man erinnert sich noch, mit welcher überwiegenden Mehrheit der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall des Weltkriegs zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Wie es ihm gelang, durch sein ironisches Verhalten auch den Kreis zu erringen, die ihm politisch und in Geschäftspunkten des Weltanschauungserkenntnisses Hindenburg ist der rechte Mann am rechten Platz. Gibt es wirklich irgend einen Deutschen, der ihn ersehen könnte? Der ist wie er über den Parteien steht, doch einen verlöhnenden Einfluss ausüben kann, wie ein Hindenburg? Das ist wohl kaum anzunehmen. Der Nachfolger eines Hindenburg würde wieder ein Parteimann sein. Würde allein schon durch seine Ingehobtheit zu irgendeiner Partei nicht die Möglichkeit haben, die politischen Gegner zu bestimmen, für das einzutreten, was ein Hindenburg will und kann: für die deutsche Einigkeit. Der Rücktritt Hindenburgs wäre der schwere Schlag, der dem deutschen Einigkeitsgedanken verlustig werden könnte. Das deutsche Volk hat es in seiner Macht, diesen drohenden Schlag abzuwenden. Aber nur dann, wenn es im Herzen den schein brennenden Willen hat, diese deutsche Einigkeit zu schaffen. Die kurze Zeit, in der bis jetzt Hindenburg Reichspräsident war, hat Momente gebracht, die deutlich darauf hinweisen, dass diese deutsche Einigkeit keine Illusion ist, das wir auf dem besten Wege sind, sie doch noch zu erringen. Und diese mühselig aufgebauten Hoffnungen sollen mit einem Gewaltstreit plötzlich zerbrochen werden? Und vor einer deutschen Mehrheit, die sich von den Kommunisten, den schärfsten Gegnern der deutschen Einheit, treiben lässt? Dieser Gedanke ist so absurd, dass wir ihn weit fortwählen wollen. Da sehr und zu glaubhaft vertrauen wir auf den gefundenen Kern und die natürliche Entwicklungslinie des deutschen Volkes. So sind wir fest überzeugt, dass es am 20. Juni die richtige Antwort finden wird.

Die Reichsregierung kämpft mit.

au. Der Kampf ihr und gegen den Volksentscheid sollte ursprünglich vollkommen den Parteien überlassen bleiben. Die Reichsregierung hätte zweimal unter der Rangordnung Dr. Luther und unter der Dr. Marx das Wort ergreifen, um gegen das Gesetz, das dem Volksentscheid zugrunde liegt, sich auszusprechen. Der starke Kampf der Linken hat die Ansicht der Reichsregierung geändert und dazu geführt, dass einzelne Minister die Presse bemühen, um den Standpunkt der Reichsregierung in verschiedener Beleuchtung dem deutschen Volke darzulegen. Der Reichskanzler Dr. Marx trennt jetzt mit größter Gewissheit die beiden Gruppen des Privatbesitztums und des Staatsbesitztums. Er hält es mit den Grundsätzen eines Reichsstaates für unvereinbar, dass reine Privatbesitztum des Fürsten zu enteignen, da die Mitglieder der früheren Herrscherhäuser nach der Verfassung die gleichen Rechte der anderen Staatsbürger haben. Da man ihnen ihr Eigentum während und nach der Revolution geschenkt hat, ohne man bei den Fürsten keine Ausnahme machen, da sie nichts unternommen hätten, was das Recht hierzu nährt. Im Punkte der Enteignung steht ein Teil der deutschen Bevölkerung im sichtbaren Gegensatz zu der Auflösung des Kaiserreichs. Es sind diejenigen Kreise, die durch die Invasion ihres Reichs eingeschüchtert haben und mit der durch Reichsgesetz festgelegten Auswertung nicht zufrieden sind. Es wird kaum möglich sein, diese Gegenseite zu überbrücken. Der Kanzler hat sich als gleichzeitiger Reichsjustizminister dafür ausgesprochen, dass die Ausweitung des Barvermögens der Fürstenhäuser in der gleichen Weise zu erfolgen habe, wie bei den durch die Invasion Geschädigten. Bezuglich des Staatsbesitztums, aus dem die Fürsten während ihrer Regenschaft Nutzen ziehen könnten, wird das Kabinett teilweise für eine Enteignung aus sprechen, sowie mit dieser Maßnahme der wirtschaftliche Nutzen der anderen Seite nicht

verbunden ist. Das Zentrum hat sich der Ansicht des Kanzlers voll angeschlossen und bei der Agitation gegen den Volksentscheid in den eigenen Arbeitervässen, die von Seiten der Sozialdemokraten sehr beeinflusst worden sind, auf den Fehler des Enteignungsgesetzes hingewiesen, der Privat-eigentum und Staatsbesitztum nicht getrennt hat.

In politischen Kreisen hat das Interview des Reichsinnenministers Dr. Küls sehr überrascht. Weite Kreise glaubten, dass der Minister sich in der Fürstenbindung im Gegenzug zu seiner Partei befindet, und es insgesamt vermeiden würde, in der Diskussion das Wort zu ergreifen. In sehr geschickter Weise hat Dr. Küls es verstanden, seine Partei zu bedenken und sich mit ihr solidarisch zu erklären. Er weist in seinem Interview auf die Verlautbarung des Partei- und Fraktionvorstandes hin, in der ausdrücklich die entschädigende Enteignung als ein revolutionärer Akt bezeichnet wird. Die Stimmfreiheit erklärt er, wie auch der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion als eine partei-taktische Entscheidung, durch die der Austritt derjenigen Demokraten aus der Partei verhindert werden sollte, die infolge der Nichtverabschiedung eines Reichsgesetzes aus Protest mit den Sozialdemokraten sympathisierten.

Die Sozialdemokraten werden die Wahlen nur ungern vernommen haben. Sie können daraus erschließen, dass sie mit ihren Grundsätzen im Kabinett nicht durchdringen werden, falls die Umbildungsverhandlungen dazu führen, sie ins Kabinett aufzunehmen. Bei der demokratischen Wählerschaft selbst hat die Unterredung des Innenministers einen günstigen Eindruck gemacht und den Willen gestärkt, bei den kommenden Außenwahlenungen über die Reichs-gesetzliche Regelung der Fürstenbindung die Regierung nach Kräften zu unterstützen.

Die Kosten des Volksentscheids.

u. Berlin. Bei der Überprüfung der Kosten, die die Durchführung des Volksentscheids verursacht, muss zwischen den Kosten des politischen Parteien und den amtlichen Kosten des Reichs unterschieden werden. Was die Parteien für diesen Zweck aufwenden, entzieht sich natürlich der genaueren Kenntnis. Das Reich trägt sämtliche amtlichen Kosten, die durch die amtlichen Bekanntmachungen, die Herstellung des Stimmzettels und der Umschläge, die Meldungen durch Telefon und Telegraph entstehen, sowie diejenigen Kosten, welche die Gemeinden für Bekannt-machungen, Inserate, Einstellung von Hilfskräften für die Ausstellung der Stimmzettel usw. aufwenden. Den Gemeinden werden vier Fünftel dieser Kosten vom Reich er-habt, während ihnen ein Fünftel übertragen ist, damit sie sparsam wirtschaften. Das Reich trägt ferner sämtliche Kosten, die beim Reichswahlleiter entstehen. Wie hoch sich die Gemeinkosten belaufen werden, lässt sich noch nicht über-schauen, weil es sich um den ersten Volksentscheid im Reich handelt, also noch keine Erfahrungen vorliegen. Schätzungsweise sind für das Volksbegehren 1,5 Millionen RM. und für den Volksentscheid 2,2 Millionen RM. vom Reichstag angefordert worden, insgesamt also 3,7 Millionen. Beim Volksbegehren ist der angeforderte Betrag nicht ganz aufgebracht worden. Die für den Volksentscheid angeforderten 2,2 Millionen entsprechen den Kosten, die bei der Reichspräsidentenwahl entstanden sind, bei der es sich allerdings um zwei Wahlzettel gehandelt hat. Daher werden wohl auch beim Volksentscheid die angeforderten 2,2 Millionen nicht ganz als Kosten erwachsen. Die Mittel sind bereits vom Reichstag in dem letzten Haushalt für 1926 bewilligt worden.

Politische Zusammenfassung.

u. Berlin. Zu einer größeren Schlägerei kam es gestern abend gegen 10 Uhr zwischen Mitgliedern des Reichsparteien und Reichsbannerleuten sowie Roten Frontkämpfern am Halleschen Tor, wo von den Linksparteien starke Wahlpropaganda betrieben wurde. Die Straßenkämpfe zogen sich bis zum Blücherplatz hin, wo dann eine Stadtbefestigung und das Ueberfallkommando der Schutzpolizei eingriffen und die kämpfenden auseinandertrieben, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Berlin. (Funkspruch.) Im Verlaufe des Abends kam es gestern an verschiedenen Stellen der Stadt zu kleinen Zusammenstößen zwischen Flugschattvertretern der verschiedenen Parteien und Polizisten. Die Polizei hat verschiedene Personen wegen Ruhelosigkeit und Rücksichtslosigkeit der polizeilichen Verordnungen festgenommen.

Halle. (Funkspruch.) Als gestern abend einige Polizeiautos mit Stahlhelmlinien durch die Stadt eine Propagandafahrt machten, trafen sie in dem Vorort Glaucha auf einen geschlossenen Zug Roter Frontkämpfer. Diese drehten die Lektüre ab und beworfen die Stahlhelmlinie mit Backsteinen. Die Stahlhelmlinie warfen die auf sie geworfenen Steine zurück. In dem Kampfe wurden auch Batten mit Nageln als Waffe gebraucht. Schließlich trennte ein Polizeiauto die Ruhelosier. Auf Seiten der Stahlhelmlinie wurden 23 Personen verletzt, von denen 5 bis 6 schwere Verlebungen aufwiesen. Die Zahl der verletzten Kommunisten steht noch nicht fest.

Halle. (Funkspruch.) Zu dem zwischen Kommunisten und Stahlhelmlinien in dem Vorort Glaucha erfolgten Zusammenstoß wird weiter gemeldet, dass die Kommunisten die Zahl ihrer Verletzten mit 7 angeben.

Herrschers Bemühungen um die Kabinettbildung.

Paris. (Funkspruch.) Herrschers Bemühungen um die Kabinettbildung wieder auf und empfing Chambre, Peñalosa, de Moncic und Robineau, den Gouverneur der Bank von Frankreich.

Die Tagung der Landwirtschaftsminister.

u. Berlin. In München traten am Freitag die Landwirtschaftsminister der einzelnen Länder unter Beteiligung des Reichsministers für Ernährung zusammen, um über Verlustfragen zu sprechen und eine einheitliche Regelung der Vergabe der bevoeltenrente zu planen. Wie wir hören, war der Reichsminister Dr. Haskind in der Lage, seinen Kollegen Ausschluss über die Haltung des Reichskabinetts wie auch des Reichspräsidenten über Zoll- und Kreditfragen zu geben. Das Kabinett musste nach der bisherigen Stellungnahme der Landwirtschaft auf die politische Führung der Geschäfte mit einer protestierenden Haltung der Ländereinhaber rechnen, wenn es nicht gelingt, Jahre wird es von der Regierung verhindert werden, dass die Landwirtschaft infolge der Steuerlast und ihrer sonstigen finanziellen Verpflichtungen gespannt ist, ihre Renten zu ungünstigen Bedingungen und vor der Zeit zu verkaufen. Eine Preisregulierung soll nur dann vorgenommen werden, wenn die Spekulation überhand nehmen. Bezuglich der Zölle konnte die Regierung sich nicht binden, da die Reichstagsverhandlungen vor der Verkündung nicht zum Abschluss gebracht wurden. Fest steht jedenfalls, dass das Kabinett einer Verlängerung des Zwischenzolls über den 1. August hinaus nicht zustimmen wird, da die eine Kompromisslösung auftritt und die endgültige Entscheidung sich bis zum Herbst vorbehält.

Anschlag auf Mustafa Kemal Pascha.

Konstantinopel. In Smyrna wurde eine gegen den Staatsoberhaupt Mustafa Kemal gerichtete Verschwörung entdeckt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Konstantinopel. Wie verlautet, sind an der in Smyrna entdeckten Verschwörung gegen den Präsidenten Mustafa Kemal auch Persönlichkeiten in Konstantinopel beteiligt. Die Polizei entwickelt eine eifige Tätigkeit. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den festgenommenen befindet sich der frühere Abgeordnete für Erzerum, Hussen Ali.

Konstantinopel. Die Verschwörung gegen Mustafa Kemal wurde unmittelbar vor der Ankunft des Präsidenten in Smyrna aufgedeckt. Unter den Verhafteten befinden sich einige höhere Persönlichkeiten. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und Bomben. Der Hauptver schwörer soll ein ehemaliger Abgeordneter sein.

Die Vorgänge in Portugal.

Lissabon. Nach Bekanntwerden der Tatfrage, dass General Gomes Costa die Kontrolle über die Regierungsaufgaben übernommen habe, spielten sich gestern vormittag einige Kundgebungen ab. Erregte Menschenmassen versuchten einen Angriff auf den General, der unter Begleitung einer militärischen Eskorte im Auto die Stadt durchfuhr. Über der Zivilwache gelang es trotz der drohenden Haltung der Menge, einen verdeckten Angriff auf den General abzuwehren. Die Anführer sind verhaftet worden.

Nach einer weiteren Meldung der Chicago Tribune hat General Gomes Costa einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, dass Ziel des Aufstands ist durch die politischen Handlungen und Spekulationen, die auf einen Ueberfall am republikanischen Regime abzielten, verschoben worden. Ich bin aber entschlossen, an der Spitze der Truppen meinen Ansichten über die Führung der Geschäfte in Portugal unter dem republikanischen System mit bewaffneter Hand Achtung zu erzwingen.

Wiederauflösung der Kampftätigkeit in Marocco.

Paris. Wie die Agence Havas aus Rabat meldet, haben französische Truppen nordöstlich von Rabat zur Einleitung einer größeren Offensive das Massiv von Ain Lahcen und mehrere benachbarte Höhen besetzt. Auch von anderen Frontabschnitten, besonders aus der Gegend von Taza, wird ein Wiederauflösung der Kampftätigkeit gemeldet.

Paris. Die spanische und die französische Vertretung auf der Pariser Marokkonferenz sollen sich geeinigt haben, dass Abd el Krim auf französischem Gebiet verbleibe.

Rückkehr der deutschen Hochseeslotte.

Kiel. Die deutsche Hochseeslotte ist am Freitag in ihre Heimathäfen zurückgekehrt und zwar die Vinzenzine Hessen und Eliaz und der Kreuzer Nympha nach Kiel, die übrigen Schiffe nach Wilhelmshaven.

Ein Kabinettstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu“
Man verlangt Vertreter: Rich. Schwade
es überall.
Diese a. Elbe. Fermer 49.